

Vom Babyboom weit entfernt

Die Geburtenrate sinkt nicht nur in Liechtenstein, sondern in ganz Europa. Verfasser verschiedener Studien sind sich einig: Finanzspritzen werden kaum ausreichen, um Eltern zu ermuntern, mehr als zwei Kinder zu bekommen.

Von Janine Köpfler

Die demografische Zukunft von Europa sieht alles andere als rosig aus. Die vor wenigen Tagen erschienene Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung prophezeit, dass eine neue Völkerwanderung, wenige Kinder und viele alte Menschen Europa in den kommenden Jahrzehnten nachhaltig verändern werden. Die Einwohnerzahl Europas wird bis 2050 von jetzt 591 Millionen auf 542 Millionen sinken und das Durchschnittsalter von 38,9 auf 47,3 steigen. Die Kinderzahl liegt bei 1,5 pro Frau. Doch nur ein Wert von 2,1 garantiert langfristig eine stabile Bevölkerungszahl.

Island macht fast alles richtig

Kommt hinzu, dass die Menschen dorthin ziehen, wo es sich gut lebt, wo es Arbeit gibt, wo Kinder gut betreut und ausgebildet werden. All diese Entwicklungen führen dazu, dass Sozialsysteme überall in Europa ins Wanken kommen. Doch, so das Fazit der Studie, es gibt Lösungen für die entstehenden Schwierigkeiten. «Es gibt funktionierende Systeme in Europa», sagt der Leiter des Berlin-Instituts, Reiner Klingholz. «Man kann nur allein Verantwortlichen sagen: Seht sie euch an.» Vor allem ein Blick nach Island lohne sich. Das 300 000-Ein-

wohner-Völkchen am Rande Europas macht in allen entscheidenden Bereichen fast alles richtig. Das bedeutet: Viel Bildung, viele Beschäftigte in Forschung und Entwicklung, gute Sozialsysteme, längere Lebensarbeitszeiten, hohe Frauenerwerbstätigkeit, gute Betreuungseinrichtungen, gute Integration von Migranten und ein Erziehungsgeld, das auch Väter in Anspruch nehmen. «90 Prozent der Väter gehen dort in Elternzeit», sagt Klingholz.

Die zukunftsträchtigen Erfolgsregionen Europas, die sich auf ähnlichen Pfaden bewegen, liegen laut Studie «in einem ovalen Gebiet, das sich von Stockholm und Oslo über London, Paris und den alemannischen Raum mit der Schweiz und Süddeutschland bis ins westliche Österreich erstreckt». Demnach stehen die Chancen Liechtensteins auf eine stabile oder sogar wachsende Bevölkerungszahl gar nicht schlecht, sofern die richtigen Anreize gesetzt werden.

Demografischer Effekt fraglich

Seit Monaten wird in Liechtenstein darüber diskutiert, ob Familiengeld die Bevölkerungsentwicklung positiv beeinflussen könnte. Unabhängig von den Einkommensverhältnissen sollen die Eltern für alle Kinder vom ersten bis zum dritten Lebensjahr 600 Franken monatlich erhalten. Am 30. Juni war die Vernehmlassungsfrist des Gesetzes zu Ende. Kritische Stimmen meldeten sich und merkten an, dass Kinderkriegen keine Frage des Geldes sei. Zwar werde eine Förderung der Familien generell befürwortet, dass sie aber nur in den ersten drei Jahren eines Kindes unterstützt werden sollen, wird nicht verstanden. Skeptiker befürchten auch, dass das Geld nicht

für das Kind, sondern für andere Zwecke verwendet wird. Fraglich bleibt, ob mit Hilfe des Familiengelds die Zahl der Kinder ansteigt.

Unter Wissenschaftlern ist nach wie vor umstritten, ob staatliche Finanzspritzen zweifache Eltern tatsächlich zu weiterem Nachwuchs ermuntern. «Studien, die das Geburtenverhalten aus der Familienpolitik eines Landes erklären, sind rar», heisst es in einem kürzlich erschienenen «Spiegel»-Artikel. Zwar findet sich in einer Studie der Robert-Bosch-Stiftung ein Beleg, dass finanzielle Massnahmen sich positiv auf die Zeugungslust auswirken können, Optimismus lässt dieser jedoch nicht aufkommen. Denn: Würde man das Kindergeld um zehn Prozent der Kinderkosten aufstocken, so die Rechnung, stiege die Geburtenziffer in Deutschland um 0,03 Kinder pro Frau. Ein Babyboom sieht anders aus. Von einer Fruchtbarkeitsquote von über 2 wäre man immer noch weit entfernt.

Erfolg versprechende Modelle

Erfolg versprechender scheinen Modelle zu sein, bei denen der Staat nicht auf Kindergeld setzt, sondern in Dienstleistungen, die eine Erwerbstätigkeit mit Kindern ermöglichen, investiert. Werden Kinderkrippen, Kindergärten, Tagesmütter oder Haushaltshilfen finanziert, kommt mehr Nachwuchs zur Welt. Diese Tendenz ist in Ländern wie Island, Schweden, Norwegen und Frankreich spürbar.

Das Problem mit der Einstellung

Ein Punkt dürfte aber nicht unterschätzt werden, sagt Bevölkerungswissenschaftler Reiner Klingholz. Für ihn ist die gesellschaftliche Mentalität entscheidender als alle familienpoliti-



Mehr Kindergeld, mehr Babys? Kaum. Erfolg versprechender scheinen Modelle zu sein, bei denen der Staat in Dienstleistungen, die eine Erwerbstätigkeit mit Kindern ermöglichen, investiert.

Bild: adf

schen Massnahmen: «In Frankreich ist nicht nur die Kinderzahl, sondern auch der Kinderwunsch ausgeprägter als in Deutschland.» Drei Kinder seien nur für 13 Prozent der Deutschen das Ideal, aber für 38 Prozent der Franzosen. «In unseren Köpfen hat sich festgesetzt, dass wenige Kinder

normal sind.» Ob sich diese Einstellung in naher Zukunft ändern wird, bleibt abzuwarten. Wie Liechtenstein die Familienpolitik konkret gestalten möchte, wird sich voraussichtlich im September zeigen. Im nächsten Landtag soll das Familienförderungsgesetz in erster Lesung behandelt werden.